

## Deutsche und polnische Geschichte hängt miteinander zusammen

Erwin Marschewski zum Treffen deutscher und polnischer Parlamentarier in Frankfurt an der Oder/Slubice

„Hehre Erklärungen reichen nicht. Neue Formeln für Lösungen sind nötig“, erklärte kürzlich der polnische Ministerpräsident Marek Belka. Daher ist es wichtig, in den deutsch-polnischen Beziehungen einen Schritt nach vorn zu tun. So ist festzustellen:

1. Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag hat Fortschritte gemacht. Er muss aber mit mehr Leben erfüllt werden: Dies bei der Pflege der deutschen Sprache, zweisprachigen topografischen Bezeichnungen, auch bei der Rückgabe von Kulturgütern.
2. Was die Reparationsforderungen des polnischen Parlaments anbetrifft, so sind sie unbegründet: Dies sagt die Erklärung Polens von 1953; der Verzicht auf Reparationen ist 1970 und 1990 von der polnischen Regierung bestätigt worden.
3. Die „Preußische Treuhand“ leistet keinen guten Beitrag im deutsch-polnischen Verhältnis.

Die Position von CDU und CSU ist jedoch ausdrücklich hervorzuheben: „Vertreibungen und entschädigungslose Enteignungen sind völkerrechtswidrig.“

Die deutsche Politik ist hier auch an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts von 1992 gebunden:

- Demnach trifft der deutsch-polnische Grenzvertrag von 1990 keinerlei Regelungen in Bezug auf das Eigentum von aus den ehemaligen Ostgebieten vertriebenen und geflohe-



Im Bildvordergrund: Erwin Marschewski und der polnische Sejm-Marschall Jozef Oleksy am 18.10.2004

nen Personen.

- Er bedeutet ferner keine Anerkennung polnischer Enteignungsmaßnahmen.

Insgesamt war das Treffen der deutschen und polnischen Parlamentarier sehr zu begrüßen.

Unsere Geschichte hängt miteinander zusammen, manchmal gegeneinander, manchmal wechselhaft, auch europäisch gemeinsam.

Und mit dem Blick in Gegenwart und Zukunft ist festzustellen: Wir sind und bleiben gute Nachbarn.

Daher ist davor zu warnen, die angesprochenen Fragen anderen, den Extremisten, zu überlassen. Dies wäre, wie es Günter Grass einst beurteilte, ein „bodenloses Versäumnis“

### INHALT

SEITE 2  
**DELEGATION AUS NIEDERSÄCHSISCHEN POLITIKERN ZU BESUCH IN NIEDERSCHLESILIEN**

Helmut Sauer

SEITE 3  
**DIE EUROPÄISCHE DIMENSION DES GEMEINSAMEN HISTORISCHEN ERBES STÄRKEN**

Erwin Marschewski

SEITE 5  
**ROT-GRÜN LEHNT IM BUNDESTAG ANTRAG ZUR „ENTSCHÄDIGUNG DEUTSCHER ZWANGSARBEITER“ AB**

IAV

SEITE 7  
**KÜRZUNGEN BEI DEN INTEGRATIONSMAßNAHMEN GEFÄHRDET DIE ARBEIT FÜR DIE SPÄTAUSSIEDLER**

Erwin Marschewski/ Reinhard Grindel

# Bundesregierung arbeitet an Zurückweisung von gerichtlich vorgebrachten Eigentumsansprüchen

Schriftliche Frage zu Äußerungen des Bundeskanzlers gegenüber dem polnischen Ministerpräsidenten

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, richtete im Zusammenhang mit dem Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Belka folgende Schriftliche Frage an die Bundesregierung:

*Inwieweit bedeuten die im Zusammenhang mit dem Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Marek Belka am 27. September 2004 getätigten Aussagen (ddp vom 27. September 2004), dass die Bundesregierung gedenkt, von der Rechtsauffassung aller bisherigen Bundesregierungen abzuweichen, wonach die Vertreibung und entschädigungslose Enteignung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges völkerrechtswidrig und die daraus resultierenden Fragen bezüglich des Eigentums offen sind, und durch welchen Rechtsakt gedenkt die Bundesregierung mögliche Klagen gegen die Bundesrepublik Deutschland zu vermeiden?*

Daraufhin antwortete der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Jürgen Chrobog, wie folgt:

„Bundeskanzler Gerhard Schröder hat bei der gemeinsamen Pressebegegnung mit Premierminister Marek Belka im Anschluss an die am 27. September 2004 geführten Gespräche die überragende Bedeutung von Aussöhnung und Freundschaft im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen betont und erklärt:

„In diesem Sinne haben wir festgestellt, dass es weder rechtlich noch politisch Raum für Reparationsforderungen gibt. Das gilt für beide Seiten. Wir haben deutlich gemacht, dass wir miteinander daran arbeiten werden, rechtsgrundlose individuelle Ansprüche, ganz gleich vor welchen Gerichten sie erhoben werden, zurückzuweisen.“

Im Übrigen verweise ich auf die Antwort der Bundesregierung vom 13. August 2004 auf Ihre Schriftliche Frage Nr. 13 (vgl. S. 9, 10, Bundestagsdrucksache 15/3642).“

## Delegation aus niedersächsischen Politikern zu Besuch in Niederschlesien

Der OMV-Bundesvorsitzende Helmut Sauer berichtet über die Arbeitsgespräche in Breslau und Kreisau

Anlässlich des 65. Jahrestages des Kriegsbeginns führte eine niedersächsische Delegation aus dem stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Christian Wulff, der Landesvorsitzenden der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Annelies Langner (Hannover) und dem Bundesvorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschenvereinigung in der CDU/CSU, Helmut Sauer (Salzgitter), Arbeitsgespräche in Kreisau und Breslau.

Polens Ministerpräsident Marek Belka und Ministerpräsident Christian Wulff diskutierten mit deutsch-polnischen Jugendgruppen, wobei die aus polnischer Sicht aktuellen Misstöne aus Deutschland bezüglich der Eigentums-Rückforderungen der Heimatvertriebenen und deren geplantes Zentrum gegen Vertreibungen breit erörtert wurden. Wulff verteidigte das geplante Zentrum, distanzierte sich jedoch – wie der BdV – von den Aktivitäten der Preußischen Treuhand.

Helmut Sauer wurde gestattet, das „Gartenhaus“, abseits von Schloss und Gutshof, zu betreten, in dem der „Kreisauer Widerstandskreis“ um Graf von Moltke heimlich getagt hatte. Während fast alle Beteiligten nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt worden waren, überlebte Sauer Großonkel, der 1933 abgesetzte Oberpräsident von Oberschlesien, Dr. Hans Lukaschek, im Konzentrationslager Ravensbrück. Lukaschek war im Juni 1945



**Empfang im Breslauer Generalkonsulat (v.l.n.r.): Friedrich Petrach, Sprecher aller Deutschen Freundschaftskreise in Polen, OMV-Bundesvorsitzender Helmut Sauer, Generalkonsul Dr. Schöps und Ministerpräsident Christian Wulff.**

Mitbegründer der CDU und in der ersten Adenauer-Regierung Bundesvertriebenenminister.

Nach dem Gespräch mit dem polnischen Ministerpräsidenten Belka wurden die Gespräche in Breslau fortgeführt, u.a. mit dem Regierungspräsidenten, dem Oberbürgermeister und dem Landtagspräsidenten.

# Bundesregierung kann nicht auf das Eigentum Privater verzichten; diplomatische Schutzpflicht besteht

Prof. Dr. Dieter Blumenwitz zum Gespräch in der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ am 19.10.2004



v.l.n.r.: Helmut Sauer, Bundesvorsitzender der OMV, Prof. Dr. Dieter Blumenwitz von der Universität Würzburg, Erwin Marschewski, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“, Matthias Sehling.

In dem Gespräch wurden Fragen im Zusammenhang mit der im Zuge der Vertreibung erfolgten entschädigungslosen Enteignung der Deutschen und daraus resultierender Rechtspositionen erörtert.

Bezüglich der in jüngster Zeit vom polnischen Sejm erhobenen Reparationsansprüche gegenüber Deutschland erklärte Prof. Blumenwitz, dass dreimal völkerrechtsverbindlich auf weitere Kriegsschädigungen verzichtet hat, nämlich 1953 gemeinsam mit der Sowjetunion, in den Verhandlungen über den Warschauer Vertrag von 1970 und 1991 im Zusammenhang mit dem Nachbarschaftsvertrag.

Bezogen auf die Ansprüche der Heimatvertriebenen unterstrich Blu-

menwitz, dass diese in allen bilateralen Verträgen mit Polen offen gehalten worden seien. Als integrierender Bestandteil der ethnischen Säuberung seien dies zudem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die nicht verjährten. Ein regierungsseitiger Verzicht auf vermögenswerte Rechte der deutschen Heimatvertriebenen verstoße daher ohne Entschädigungsregelung gegen Art. 14 Grundgesetz. Dieter Blumenwitz erklärte zudem, die Aufkündigung des diplomatischen Schutzes für die Betroffenen sei ebenfalls verfassungswidrig. Allerdings sei sehr fraglich, ob sich dies vor deutschen Gerichten, angesichts bestehender Ermessensspielräume, einklagen ließe. (IAV)

## Die europäische Dimension des gemeinsamen historischen Erbes stärken

AG Vertriebene begrüßt Entschließung des Bundesrates zur Kulturpflege europäischer Vertreibungsgebiete

Die Entschließung des Bundesrates, auf der Ebene der Europäischen Union ein Programm zur Kulturpflege europäischer Vertreibungsgebiete anzuregen (Drucksache: 546/04), ist sehr zu begrüßen.

Die Europäische Union wird auch von der Grundannahme getragen, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in den Mitgliedsstaaten im entscheidenden Maße von kulturellen Gesichtspunkten bestimmt wird. Die europäische Geschichte beinhaltet viele Gemeinsamkeiten und Brüche, gemeinsame kulturelle Wurzeln und Traditionen. Daher sind die Kulturleistungen, die in den Vertreibungsräumen entstanden sind, Teil der gemeinsamen europäischen Kultur.

Die Union beabsichtigt, mit dem angeregten EU-Programm, die materiellen und immateriellen Bestandteile dieses kulturellen Erbes zu schützen, zu bewahren und weiterzuentwickeln. Das Programm soll unter ande-

rem leisten:

- die Vertreibungsräume als besondere Geschichtsregionen unter Einbeziehung der betroffenen Minderheiten zu verdeutlichen,
- die Pflege und angemessene Nutzung von Kulturdenkmälern sicherzustellen,
- Kooperationen auf europäischer Ebene zur Forschung und historischen Bildungsarbeit zur Pflege und Bewahrung dieser Kulturgüter zu schaffen.

Die Bundesregierung ist nun aufgefordert, sich für ein derartiges EU-Programm zur Pflege europäischer Vertreibungsgebiete in den Gremien der Europäischen Union einzusetzen.

# Chancen und Perspektiven in Europas Mitte – Wirtschafts- und Volksgruppenförderung

Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet Seminar zur regionalen Entwicklung in Schlesien und Königsberg

Vom 10. bis 12. November 2004 findet auf Schloss Wendgräben ein allen interessierten Bürgern offen stehendes Seminar zur regionalen Entwicklung Schlesiens und Königsbergs/Kaliningrads statt.

Unter dem Semintitel „Chancen und Perspektiven in Europas Mitte – Regionale Entwicklung in Schlesien und Königsberg/Kaliningrad“ sollen dynamische Entwicklungen und Zukunftsperspektiven in diesen beiden Regionen beleuchtet werden.



**Schloss Wendgräben - Bildungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sachsen-Anhalt**

## Das Programm

### Mittwoch, 10.11.2004

17.00 – 18.00 Uhr  
(anschl. Abendessen) **Begrüßung und Einführung**  
**Norbert Beckmann-Dierkes**, Wendgräben  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Thomas Helm**, Berlin

19.00 – 20.30 Uhr **Gemeinsame Geschichte und Kultur als Chance für die Zukunft nutzen**  
**Christa Reichard MdB**, Dresden  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

### Donnerstag, 11.11.2004

9.00 – 10.30 Uhr  
(anschl. Kaffeepause) **Wirtschaftliche Entwicklung in der Region Schlesien und Oberschlesien**  
**Arnold Czech**, Oppeln  
Geschäftsführer der Stiftung für die Entwicklung Schlesiens und Förderung lokaler Initiativen

11.00 – 12.30 Uhr  
(anschl. Mittagessen)

**Der Oblast Königsberg/Kaliningrad –  
Entwicklungslinien und Perspektiven vor  
dem Hintergrund der EU-Erweiterung**

**Thomas Helm**, Berlin

14.30 – 15.30 Uhr  
(anschl. Kaffeepause)

**Neues aus Europas Mitte:  
Diskussion mit Vertretern der Euro-Regionen**

**Generalkonsul Dr. Helmut Schöps**, Breslau  
Deutsches Generalkonsulat Breslau

16.00 – 17.30 Uhr  
(anschl. Abendessen)

**Möglichkeiten der Regionalförderung und  
der Förderung von Volksgruppen**

**Rafael Kornecki**, Kattowitz

**Regional- und Wirtschaftsförderung**

**Dr. Holm Große**, Bautzen (angefragt)  
Marketinggesellschaft Oberlausitz – Nieder-  
schlesien mbH

### Freitag, 12.11.2004

9.00 – 12.30 Uhr **Besichtigung eines Joint Venture.  
Unternehmens**  
**Leitung: Norbert Beckmann-Dierkes und  
Thomas Helm**

12.30 Uhr **Mittagessen, anschließend Abreise**

Die Konrad-Adenauer-Stiftung erhebt für diese Veranstaltung einen Tagungsbeitrag von 80 Euro. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern. Für ein Einzelzimmer ist ein Aufpreis von 20 Euro zu entrichten.

Anmeldung/Tagungsbüro: Elke Gensch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Bildungszentrum Schloß Wendgräben  
Wendgräbener Chaussee 1  
39279 Wendgräben  
Tel.: 039245/952351, Fax -366  
e-mail: [elke.gensch@kas.de](mailto:elke.gensch@kas.de)  
[www.kas-wendgraeben.de](http://www.kas-wendgraeben.de)

# Rot-Grün verweigert Bekenntnis zur historischen Verantwortung

Erwin Marschewski zur Ablehnung des Antrags „Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter“

Es ist bedauerlich, dass die rot-grüne Koalition im Bundestag den Menschen eine, wenn auch späte, moralische Anerkennung ihres Schicksals verweigert, die als Deutsche Opfer von Zwangsarbeit geworden sind.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs wurden schätzungsweise 2 Mio. Deutsche, vor allem Frauen, Jugendliche und Kinder, vielfach über Jahre verschleppt und unter schwersten Bedingungen zur Zwangsarbeit herangezogen.

Viele, die dieses schwere Schicksal erfahren haben, waren für ihr Leben gezeichnet.

Ein derart schweres Schicksal, welches diese Menschen für alle Deutschen erleiden mussten, kann nicht, wie von Rot-Grün vertreten, als

„Allgemeines Kriegsfolgenschicksal“ abgetan werden.

Heute, fast sechs Jahrzehnte nach den Ereignissen, wäre es wahrlich an der Zeit gewesen, diesen von einem besonders schweren Schicksal Betroffenen eine moralische Anerkennung zuzugestehen. Eine Geste der Anerkennung, des Mitgefühls und der Aufarbeitung dieses Kapitels der Geschichte. Eine Aufarbeitung sind wir den Opfern und uns selbst schuldig. Es ist legitim und wichtig, auch an das Leid zu erinnern, das der von Nazi-Deutschland begonnene Krieg und seine Folgen auch über die eigene Zivilbevölkerung gebracht hat.

Gerade, weil der Zweite Weltkrieg von Deutschland ausgegangen ist, ist es die Aufgabe Deutschlands, denen eine Anerkennung zu gewähren, die besonders für alle Deutschen gelitten haben.

## Rot-Grün lehnt im Bundestag Antrag zur „Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter“ ab

Auszüge aus der Bundestagsdebatte zum Antrag „Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter“ am 21.10.2004

**Marga Elser (SPD):**

[...] Die Schicksale deutscher Zwangsarbeiter sind eine Folge der deutschen Schreckensherrschaft. Bereits in den 50er-Jahren bestand Einigkeit darüber, dass die Heranziehung der Deutschen zur Arbeitsleistung in der Folge des Zweiten Weltkriegs als allgemeines Kriegsfolgenschicksal zu bewerten ist. [...]

Die Gesetzgebung über die Abwicklung von Kriegs- und Nachkriegsfolgen sollte abgeschlossen werden. Die Finanzlage des Bundes beweist, dass wichtige Aufgaben der Zukunftsvorsorge sträflich vernachlässigt werden würden, wenn die kommenden Jahre durch neue Zahlungen für die Vergangenheit belastet würden. [...]

**Erwin Marschewski (Recklinghausen) (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Robert Jungk, Publizist und Zukunftsforscher, schrieb im November 1945 in der Zürcher „Weltwoche“ unter dem Titel „Aus einem Totenland“ einen Artikel über Vertriebungsverbrechen an Deutschen, der weltweites Aufsehen erregte. Darin benannte er die Zustände in Schlesien nach Ende des Zweiten Weltkrieges.

Dieser Bericht ist eine Dokumentation von Elend und Gewalt. Ich möchte es allen ersparen, hier auf das Verwerflichste, Brutalste einzugehen. Nur zwei kurze Erlebnisse Robert Jungks:

„Hinter ihm liegen leer geplünderte Städte, Pestdörfer, Konzentrationslager, öde, unbestellte Felder, leichenbesäte Straßen, an denen Wegelagerer lauern und Flüchtigen die letzte Habe rauben.“

Und über Zwangsarbeit:

„Es ist wahr, dass in den so genannten Arbeitslagern S. und C. Insassen nächtelang bis zum Hals im eiskalten Wasser stehen müssen und dass man sie bis zur Bewusstlosigkeit schlägt.“

Der Bericht von Robert Jungk sollte zugleich Mahnung an die Alliierten sein, diesem Treiben nicht tatenlos zuzusehen. Die Staatengemeinschaft hat aber auch hier nicht eingegriffen. Die Menschen mussten dieses Schicksal erdulden. Heute, fast sechs Jahrzehnte später, ist es Zeit, den von diesem Schicksal in den Zwangsarbeiterlagern Betroffenen eine moralische Anerkennung zuzugestehen. Dies wäre eine Geste des Mitgefühls und der Aufarbeitung auch dieses Kapitels der Geschichte. Diese Aufarbeitung ist dringend notwendig. Wir sind dies den Opfern und uns selbst schuldig.

Bis heute ist nicht exakt ermittelbar, wie viele Deutsche zu Zwangsarbeit gezwungen wurden. Es ist auch nicht ermittelbar, wie viele über Jahre hinweg in Lagern verschwanden. Man bemisst die Zahl auf rund 2 Millionen, insbesondere Frauen, Jugendliche und auch Kinder, verschleppt nach Sibirien, in den Ural oder sonst wohin. Für sie bedeutete Zwangsarbeit mehr als zehn Stunden tägliche Arbeit unter härtesten Bedingungen, in unter Wasser gesetzten Zechen im Ural. Immer wieder gab es Übergriffe, oftmals Massenvergewaltigungen. Viele kehrten nicht zurück. Wer das Leiden überlebte, war für immer geschädigt. [...]

Meine Damen und Herren, es ist legitim und wichtig, auch an das Leid zu erinnern, das der von den Nazis begonnene Krieg und seine Folgen über die deutsche Bevölkerung gebracht haben. Da bin ich einer Mei-

nung mit Ute Frevert: Solche Erinnerungen politisch stillstellen oder unterdrücken zu wollen wäre nicht nur sinnlos, sondern auch kontraproduktiv.

Meine Position im Innenausschuss habe ich klar gemacht: Es kann nicht darum gehen, Leid mit Leid, Schuld mit Schuld zu verrechnen. Diese Aufrechnung ist - wie beim Historikerstreit Mitte der 80er-Jahre - eine schlimme Tradition, und zwar in allen politischen Lagern. Daher noch einmal diese Feststellung: Die Naziverbrechen, insbesondere der Völkermord an den Juden und die Vernichtung ganzer Völker aus so genannten rassistischen Gründen, sind mit nichts vergleichbar. Dies brauchte eigentlich jemand, der die braune Pest ein Leben lang bekämpft hat, nicht erneut zu bestätigen.

Aber auch ein Weiteres sollte selbstverständlich sein: den verzweifelten Wunsch der deutschen Zwangsarbeiter zu erfüllen, endlich mit ihrem Schicksal wahrgenommen zu werden. Wie es Helga Hirsch sagt:

„Ihren Leidensweg in die deutsche Nachkriegsgeschichte zu integrieren. Und ihnen zuzugestehen, dass sie im Verhältnis zum Durchschnitt der Bevölkerung einen besonders hohen Preis für die Verbrechen des NS-Regimes gezahlt haben.“

Deswegen unser Antrag, meine Damen und Herren von SPD und Grünen. Wir wollen eine Anerkennung auch dieses Leidens.

Wir meinen, dass auch deutsche Opfer von Zwangsarbeit einen Anspruch auf moralische Anerkennung haben. Das wollen wir, damit auch ihnen eine Entschädigung in Form einer humanitären Geste zuteil wird. Denn es ist doch eigentlich unbestritten, dass dies kein allgemeines Kriegsfolgenschicksal ist. Meine Damen und Herren, es ist mehr.

Nun zu Ihnen von der SPD. Sie haben uns die Hoffnung gemacht, dass Sie uns entgegenkommen. Im Gegensatz zum Bundeskanzler, der die Betroffenen vor geraumer Zeit schroff abgewiesen hat, haben Sie immerhin mit uns geredet. Aber auch nach fast 18-monatigen Verhandlungen sind Sie nicht weiter als zu einem „Nein“ gekommen, obwohl wir Ihre Begründungen widerlegt haben: die Begründung vom allgemeinen Kriegsfolgenschicksal oder die Behauptung - Frau Kollegin Elser, hier haben Sie Unrecht -, die Zwangsarbeiter seien bereits entschädigt worden. Das ist falsch. Denn weder das Kriesgefangenenentschädigungsgesetz, noch das Heimkehrerstiftungsgesetz, noch das Häftlingshilfegesetz findet Anwendung.

Auch Ihre Behauptung, dieses Thema sei im Kriegsfolgenbereinigungsgesetz des Jahres 1992 abschließend geregelt worden, ist falsch. Ich selbst habe 1992 die Auffassung der Union im Deutschen Bundestag so dargelegt: „Zu ist der Vorhang nicht - deswegen nur Bereinigung“. Uns war damals klar, dass der Versuch, Leid zu mildern, keineswegs einen gesetzgeberischen Abschluss bedeutete. Frau Kollegin, es geht nur um Heilung und Versöhnung bei damals bekanntem Unrecht. Die Vertreibungsgeschichte und die damit verbundenen Ereignisse haben sich lange im Schatten der Geschichte abgespielt und es verbot sich, im Land der Täter an eigene Opfer zu erinnern.

Der Historiker Hans-Ulrich Wehler hat das so beschrieben:

„Jahrzehntelang lief die Mehrheitsmeinung darauf hinaus, den Vertriebenen die Privatisierung ihres Leids zuzumuten. [...] Erst in den letzten 10 bis 15 Jahren ist Bewegung in diese Problematik geraten. [...]

Dabei handelt es sich um eine Bewegung, meine Damen und Herren

von SPD und Grünen, die ich bei Ihnen bedauerlicherweise vermisste. Warum verschließen Sie sich eigentlich dem, was Helga Hirsch, die Ihnen ja eigentlich nahe steht, in ihrem Aufsatz „Keine Entschädigung für Zwangsarbeiter - eine Gerechtigkeitslücke?“ so formuliert hat:

„Denn auch das gehört zur Erkenntnis über die Nazizeit: dass die Deutschen schließlich selbst Opfer des nationalsozialistischen Terrors geworden sind - die Opfer der Rache jener Völker, die zuvor von den Deutschen unterdrückt, verfolgt, ermordet wurden,“ so weit Helga Hirsch.

Warum, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, verweigern Sie sich kategorisch, die Opfer, deutsche Zwangsarbeiter, mit ihrem Schicksal und den entsprechenden Folgen wahrzunehmen? Nein, das ist - diesen Satz habe ich mir sehr genau überlegt - kein humanes Handeln. Nicht zu vergessen ist die politisch mögliche, fatale Auswirkung. Niemals, so schreibt Günter Grass in der Novelle „Im Krebsgang“, hätte man über so viel Leid schweigen dürfen, nur weil die eigene Schuld und die erkennende Reue in all den Jahren vordringlich gewesen sei. So Günter Grass. Meine Damen und Herren auf der linken Seite, sollen wir dieses Thema wirklich ausschließlich den Radikalen überlassen? Was mir bleibt, ist, mit Grass zu schließen: „Dieses Versäumnis wäre bodenlos.“ Ich bedanke mich.

#### **Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

[...] Es geht der Union nicht um die Menschen, sondern um Ideologie. Sie will historisch aufrechnen. Der Antrag vermischt in unzulässiger Weise die Arbeit der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" mit dem Schicksal von Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs und in der Zeit danach. [...] Das passt genau in die Reparationsschiene der Vertriebenenverbände, mit der in Polen mehr als berüchtigten Kollegin Steinbach als Frontfrau. [...] In populistischer Manier setzt die Union klammheimlich alle Opfer von Unrecht gleich und relativiert so historische deutsche Verantwortung. [...] Kollege Marschewski sollte sich bewusst sein, welche Emotionen er hier bedient. [...] Mit solchen Anträgen verhilft er der NPD zu weiteren Wahlerfolgen. Den Antrag der Union lehnen wir ab. (Die Rede wurde zu Protokoll gegeben).

#### **Max Stadler (FDP):**

Die FDP unterstützt das Anliegen, für Deutsche, die aufgrund der verbrecherischen Politik des NS-Regimes Zwangsarbeit leisten mussten, eine symbolische finanzielle Entschädigung herbeizuführen. [...]

Es ist auch keine unzulässige Vermischung von Täter- und Opferrolle, wenn man feststellt, dass aus menschenrechtlicher Sicht Zwangsarbeit für jeden einzelnen Betroffenen ein Sonderopfer darstellt.

Dieses Unrecht hat das Dritte Reich verursacht. Mit ihrer verbrecherischen Kriegspolitik tragen die Nazis die Schuld am Zweiten Weltkrieg und damit an der Zwangsarbeit von Deutschen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs. Es steht ihr daher gut an, auch diese Hypothek abzutragen. Das Naziregime hat den Zwangsarbeitern Lebenszeit genommen und individuelle Lebenschancen zerstört.

Dies anzuerkennen ist Ziel des CDU/CSU-Antrags, dem die FDP zustimmt. (Die Rede wurde zu Protokoll gegeben.) (IAV)

# Kürzungen bei den Integrationsmaßnahmen gefährden die Arbeit für die Spätaussiedler

Erwin Marschewski und Reinhard Grindel zu den Beratungen über den Bundeshaushalt im Innenausschuss

Es ist ein schwerer Fehler von Rot-Grün, die Mittel für die Integration der Migranten insgesamt und besonders die Mittel für die Integration der deutschen Spätaussiedler um 25% kürzen zu wollen.

So ist im Entwurf des Bundeshaushaltes für das Jahr 2005 vorgesehen, den Titel „Maßnahmen zur Integration von Spätaussiedlern und Ausländern“ von 28,08 Mio. Euro im Jahr 2004 auf 21,08 Mio. Euro im Jahr 2005 abzusenken.

Was der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Fritz-Rudolf Körper, im Innenausschuss als „Anpassung“ und „neue Schwerpunktsetzung“ in diesem Bereich dargestellt hat, ist nichts anderes als eine Kahlschlagpolitik bei der erfolgreichen Arbeit der zahlreichen Träger der Integrationsarbeit.

Der Hinweis des Parlamentarischen Staatssekretärs in diesem Zusammenhang: „Unsere Aufgabe ist es nicht, Trägerstrukturen zu erhalten“,



**Reinhard Grindel**

weist ferner darauf hin, dass hier auf gut funktionierende und gewachsene Strukturen keine Rücksicht genommen werden soll.

Mit dieser Kürzungspolitik würde im ersten Jahr der Geltung des Zuwanderungsgesetzes mit einem wesentlichen Ziel dieses neuen Gesetzes gebrochen, nämlich dem Ziel der verstärkten Integrationsbemühungen für die zu uns kommenden Aussiedler und Ausländer.

Zudem sprechen die in den vergangenen Jahren zunehmenden Schwierigkeiten bei der Integration von Ausländern und Aussiedlern gegen derart tiefe Einschnitte in diesem Bereich.

Aus Sicht der Union wäre eine Anhebung dieser Haushaltsposition um 3,5 Mio. Euro wünschenswert und aus fachlicher Sicht geboten.

Rot-Grün ist dringend zu einer Umkehr aufgerufen, um die integrationspolitischen Aspekte des Zuwanderungsgesetzes nicht weiter zu gefährden.



**Erwin Marschewski**

## Bundesregierung vermeidet klare Aussage zur Zukunft der ehrenamtlichen Aussiedlerberatung

Schriftliche Frage an die Bundesregierung zur Zukunft der ehrenamtlichen Arbeit bei der Aussiedlerberatung

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, richtete im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung beabsichtigten „Neukonzeption der Migrationsberatung“, folgende schriftliche Frage an die Bundesregierung:

*Inwieweit ist mit der vom Bundesministerium des Inneren erstellten „Neukonzeption der Migrationsberatung“ ein künftiger Verzicht auf die jahrelange Arbeit Ehrenamtlicher bei der Aussiedlerberatung und –betreuung verbunden, und wie gedenkt die Bundesregierung den damit verbundenen Wegfall ehrenamtlicher Arbeit zu kompensieren?*

Daraufhin antwortete der Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Lutz Diwell, wie folgt:

„Die Bundesregierung beabsichtigt keinesfalls, im Rahmen der Neukonzeption der Migrationsberatung auf die Mitarbeit ehrenamtlicher Kräfte zu verzichten. Der Vertreter des Bundesministeriums des Inneren hat in der Besprechung mit den Trägern der Beratungsdienste zur Neukonzeption am 16. September 2004 deutlich gemacht, es werde sichergestellt, dass die Stiftung Friedlandhilfe, die ehrenamtliches Engagement bei der Integration von Spätaussiedlern im Auftrag und mit Mitteln des Bundesministeriums des Inneren fördert, ausfallende Bundesmittel auf dem Gebiet der Beratung und Betreuung ggf. kompensieren könne. Diese Zusage ist auch im Protokoll festgehalten.

In diesem Zusammenhang ist jedoch darauf hinzuweisen, dass ehrenamtliche Mitarbeiter naturgemäß kein Honorar, sondern nur eine Aufwandsentschädigung erhalten können.“

## Neue CD-ROM zum Thema Flucht und Vertreibung

Das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg hat in Ergänzung zu der im Herbst des Jahres 2002 herausgegebenen Lehrerhandreichung zu „Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem. Zur Geschichte eines europäischen Irrwegs“ jetzt eine CD-ROM herausgegeben.

Innenminister Heribert Rech bezeichnete die CD-ROM als wichtigen weiteren Baustein in der Konzeption des Hauses der Heimat des Landes Baden-Württemberg zum Erhalt des Wissens um Geschichte und Kultur der Deutschen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. Die Kombination des Lehrerarbeitshefts zum Thema „Flucht und Vertreibung“ mit einem modernen Unterrichtsmedium ermögliche den Schulen eine zukunftsgerichtete Unterrichtsgestaltung. „Lehrerhandreichung und CD-ROM sind ein wichtiger Beitrag, um der jungen Generation zu verdeutlichen, dass Umsiedlungen und Vertreibungen von Bevölkerungsgruppen zur Lösung von innerstaatlichen und internationalen Konflikten ein Irrweg sind“, so Rech.

### Widersprüchliches vom Aussiedlerbeauftragten Welt

Der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Jochen Welt, forderte kürzlich in einer Pressemitteilung, die Förderung der Mittel für die Integration von Ausländern auf einem hohen Niveau zu halten. Welt verwies auf „enorme und kaum noch zu bewältigende“ Probleme bei der Integration junger Spätaussiedler und sprach von der dringenden Notwendigkeit, die Integrationsbemühungen unvermindert fortzusetzen. Anlässlich dieser Pressemitteilung erklärt der Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jochen-Konrad Fromme:

„Es klingt zwar gut, wenn der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung erklärt, dass die Integrationsbemühungen nicht nachlassen dürfen und er daher fordert, die Mittel für die Integration von Aussiedlern und Ausländern auf hohem Niveau zu halten. Die Zahlen im Haushaltsentwurf 2005 der Bundesregierung sprechen jedoch leider eine ganz andere Sprache, denn gerade im Bereich der Integration sind massive Kürzungen vorgesehen.“

Ich weise erneut darauf hin, dass der neue Titel „Migrations-Erstberatung“ im Vergleich zu den entsprechenden Titeln im Vorjahr von 30 Mio. € auf 23 Mio. € - entspricht einem Minus von 23 % - und der Titel „Maßnahmen zur Integration von Spätaussiedlern und Ausländern“ von 28,08 auf 21,08 - ein Minus von 25 % - gekürzt werden soll.

Weiterhin erwähnt Herr Welt, dass auch die beruflichen Qualifikationen der Spätaussiedler den Anforderungen unseres Arbeitsmarktes nicht genügen. Das ist richtig; statt jedoch diesem entgegenzuwirken werden auch hier die Mittel munter weiter gekürzt, z.B. bei der beruflichen Eingliederung von Spätaussiedlern, dem sog. Akademikerprogramm, von 4,7 auf 4,0 Mio. €, was einem Minus von 15 % entspricht.

Diese Zahlen beschreiben kein Halten der Mittel auf hohem Niveau, sondern ein Absenken auf hohem Niveau, was vor dem Hintergrund der enormen Bedeutung der Integrationsarbeit durch nichts zu rechtfertigen ist und verantwortungslos sowohl gegenüber den Aussiedlern und Ausländern als auch gegenüber den einheimischen Deutschen ist.“

### Historisches Kalenderblatt (1. bis 30. November)

**Vor 590 Jahren:** Das Konstanzer Konzil beginnt (5.11.). Die teilnehmenden Kirchenväter beenden die Kirchenspaltung und verurteilen Wyclif, Hus und Hieronymus von Prag wegen Häresie zum Tod.

**Vor 110 Jahren:** Nach dem Tod des russischen Zaren Alexander III. übernimmt sein Sohn Nikolaus II. die Herrschaft (1.11.). Diese stützt er auf ein repressives System, bekämpft fortschrittliche Bewegungen.

**Vor 55 Jahren:** Mit dem Petersberger Abkommen (5.11.) wird es Deutschland ermöglicht, konsularische Beziehungen zu anderen Staaten aufzunehmen. Die Demontagen zu Reparationszwecken werden weitestgehend beendet.

**Vor 15 Jahren:** Wenige Wochen nach dem 40. Jahrestag der „DDR“, nach Montagsdemonstrationen und einem Massenexodus der Bürger über Ungarn und die CSSR öffnet die „DDR“ die Grenzenlagen (9.11.).

## IMPRESSUM

Herausgeber: Volker Kauder MdB  
Dr. Peter Ramsauer MdB  
Parlamentarische Geschäftsführer  
Erwin Marschewski MdB  
Eva Christiansen

V.i.S.d.P.: Eva Christiansen  
Redaktion: Thomas Helm (Hauptredaktion)  
Katrin Kohl  
Ingo Hallmann

Sekretariat: Christina Maschkewitz  
Kontakt: Gruppe der Vertriebenen und  
Flüchtlinge  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-55364  
Telefax (0 30) 2 27-56154